

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 16.—22. Dez. 0,65 Goldmark. Einzelverkaufspreis: 15 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
 { 923 nur Geschäftsstelle.



Anzeigengebühr für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.
 { 905 nur Redaktion.

Lübecker

Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 292.

Freitag, 21. Dezember 1923.

30. Jahrgang.

Das Großkapital diktiert den Zehnstundentag!

Der Arbeitgeberverband für die Kallindustrie hat sich jetzt ebenfalls das vor wenigen Wochen vom Rheinisch-Westfälischen Zechenverband versuchte Vorgehen gegen die Arbeiterschaft zu eigen gemacht. Plötzlich befiehlt auch er ohne jeden Versuch zu Verhandlungen mit den Arbeitnehmern eine Verlängerung der Arbeitszeit von 8 Stunden für den unterirdischen Betrieb und 10 bzw. 12 Stunden für die Arbeiter über Tage. Für den Fall der Ablehnung dieses Diktats wird die Entlassung und Schließung der Betriebe angedroht. Selbstverständlich begründen die Unternehmer ihr Vorgehen mit der Notwendigkeit der Produktionssteigerung, aber sie lehnten es ab, mit den Arbeitnehmervertretern über die Verbilligung der Produktion und den Abschluß eines Ueberwachungsabkommens auf tariflicher Grundlage zu verhandeln.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter die grobe Verletzung gesetzlicher Bestimmungen durch die Kallindustriellen ebenso ablehnen müssen, wie es vor Wochen durch die Bergarbeiter gegenüber dem Zechenverband im Ruhrgebiet geschah. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands richtet in diesem Zweck einen Aufruf an die Arbeiter der Kallindustrie, in dem es u. a. heißt: „Wie in Rheinisch-Westfalen, so darf sich auch in der Kallindustrie kein Arbeiter, kein Angestellter, keine Gewerkschaft, keine Regierung, die Ordnung im Staat und in der Wirtschaft wollen, ein derartiges diktatorisches Vorgehen gefallen lassen. Wir fordern deshalb die Arbeiter und Angestellten des Kallbergbaues auf, sich nur an die gesetzlichen Bestimmungen, die Arbeitsordnung und den Tarifvertrag zu halten. Die Unternehmer haben kein Recht, vertragliche Arbeitsbedingungen einseitig zu ändern. Jedem Versuch auf eine solche Aenderung haben Gewerkschaftsvertreter, Betriebsräte und Belegschaften energig entgegenzutreten. . . Die Kallarbeiter haben die Pflicht, weiter zu arbeiten wie bisher und sich ruhig, aber entschlossen gegen die einseitige Aenderung der Arbeitsbedingungen zu wehren. Die Belegschaftsmitglieder müssen zu der gewohnten Zeit zur Arbeit

oder Anfahrts erscheinen. Alle an der Seilschaft Beteiligten haben wie bisher zur gewohnten Zeit ihre Pflicht zu erfüllen und sämtliche Belegschaftsmitglieder müssen nach Beendigung der tariflichen Arbeitszeit die Betriebe verlassen.

Die an dem Tarifvertrag für den Kallbergbau beteiligten Organisationen übernehmen die Führung in diesem gerechten Kampfe und ersuchen alle Arbeitnehmer, für Ruhe und Ordnung besorgt zu sein und sich streng an die Weisungen der Organisationen zu halten. Nur so kann dieser Kampf zu einem guten Ende geführt werden!“

Schiedspruch im Buchdruckgewerbe.

Am Mittwoch wurde im Reichsarbeitsministerium ein für das ganze Reichsgebiet geltender Schiedspruch für das Buchdruckgewerbe gefällt. Gegenüber der Forderung der Unternehmer, die eine tarifliche Arbeitszeit von 57 Stunden in der Woche statt 53 vor dem Kriege und 48 Stunden bisher verlangten, macht sich der Schiedspruch eine Arbeitszeit von 54 Stunden, mit anderen Worten also die Arbeitszeit der Beamten, zu eigen. Statt des Wochenlohnes ist ein Stundenlohn vorgelesen, der jeweils in den Bezirken besonders festgesetzt werden soll. Das dürfte ebenfalls zu einer Verschlechterung führen, wenn auch die Feiertagsbezahlung im bisherigen Rahmen beibehalten werden soll. Im übrigen ist eine regionale Lohnregelung und eine Feringewährung nach Berufsjahren festgelegt. Die Arbeitnehmer haben den Schiedspruch einstimmig abgelehnt, die Arbeitgeber dagegen, hochbefriedigt über die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Der Reichsarbeitsminister wird also Gelegenheit bekommen, binnen kurzem zu entscheiden, ob er den Zehnstundentag tariflich abbauen will oder ob er an dem Grundsatz des Achtstundentages, wie er auch für das neue Arbeitszeitgesetz vorgelesen ist, festhalten will.

Die Produktion im Bergbau.

Von Heinz Pöffler.

Für den deutschen Bergbau sind in den letzten Tagen Verhandlungen geführt worden, um die Produktion zu steigern. Es sind dabei Verträge zwischen den Parteien abgeschlossen worden, nach welchen die Bergarbeiter in allen Revieren zur Produktionssteigerung täglich eine Stunde Ueberarbeit leisten. Besonders dringlich ist die Frage der Produktionssteigerung für den Ruhrbergbau infolge der Lasten, die ihm durch den Micum-Vertrag aufgebürdet wurden. Wenn ihre Tragbarkeit auch nur mit Erfolgsaussicht erprobt werden soll, dann muß die Kohlenproduktion wesentlich über den Stand von 1922 hinaus gesteigert und restlos verkauft werden. Vor dieser Aufgabe darf man den Kopf nicht in den Sand stecken. Deutschland muß sich im Finanzinteresse auch von jedem Kohleneinfuhrüberschuß frei machen. Wenn die Finanzwirtschaft gelunden soll, ist es unerträglich, monatlich 50 Millionen Goldmark, und oft noch mehr, für Kohleneinfuhr auszurufen, wie dies im letzten Jahre, natürlich in Auswirkung der Ruhrbesetzung, der Fall war. Nach der durchgeführten Produktionsaufnahme im Ruhrbereich und nach den Mehrleistungen in den anderen Revieren muß die Lage dringlich geändert und aus dem Einfuhrüberschuß muß, wenn irgend möglich, ein Ueberschuß überfließen. Dieses Ziel ist auch noch an eine Voraussetzung geknüpft: Der Preis der Kohle, besonders aber der Ruhrkohle, muß wesentlich gesteigert werden. Auch ein noch zwangsläufig wirkender Grund, auf den noch zurückzukommen ist.

Der Ruhrbergbau hat in den nächsten Monaten unter den Lasten des Micum-Vertrages um keine Selbstbehaftung zu kämpfen. Sie wird aber nur zu erheben sein, wenn alle Beteiligten des Bergbaues ernstlichen Willens sind und die Schwere der Lage erkennen. Um sie kurz darzustellen, bedarf es nur weniger Einzelheiten. Die Rechen des besetzten Ruhrgebietes sind vernünftig, nachdem sie einen kurzen Anlauf genommen haben, monatlich 1 600 000 Tonnen Kohle zu liefern. Das sind 2,6 Prozent der Aufförderung für 1922, wofür zunächst keine Bezahlung erfolgt, wie ausdrücklich durch wiederholte Erklärungen der Reichsregierung geklärt wurde, weil es nach der Finanzlage des Reichs unmöglich sei.

Dann bestimmt der Micum-Vertrag, daß die Rechen des besetzten Ruhrgebietes innerhalb 6 Monaten 15 000 000 Dollar (63 000 000 Goldmark, aber zahlbar in Dollar) für vom 11. Januar bis 31. Oktober 1923 berechnete Kohlensteuer zu zahlen haben. Da aber im größten Teil dieser Zeit die Kohlerförderung ruhte, ist bei der Errechnung dieses Steuerbetrages zurückgegriffen worden auf die Produktion von 1923. Das entspricht gewiß nicht der Billigkeit, aber es gab die Grundlage für den gewollten Zweck. Diese Aufgabe wird den sogenannten reinen Rechen (irrische Staatszechen, staatliche Bergwerksgesellschaft Sibirien, Hermann Bergwerksgesellschaft u. a.) besonders schwer, da sie keine Ausfuhr hatten und deshalb nicht im Besitz von Devisen sind.

Zum dritten sind die Rechen des besetzten Gebietes verpflichtet, laufend für jede abgesetzte Tonne Kohle zehn Rappen zu zahlen, im Höchstbetrage acht Drittel Goldmark, Steuer zu zahlen.

Das sind im wesentlichen die materiellen Aufgaben, die den Bergwerken gemacht wurden. Der durch dieses Wachstum geschaffene Vertragszustand ist bis 30. April 1924. Späteren Verhandlungen ist es vorbehalten, zu bestimmen, was nach diesem Zeitpunkt werden soll. Dringend kann nur gewünscht werden, daß bis zum Ablauf dieses Vertrages zwischen der deutschen Regierung und den allierten Mächten ein Reparationsabkommen vereinbart ist, das volle Klarheit schafft, dem besetzten Gebiet die staatspolitische und nationale Freiheit wiedergegeben hat und dem deutschen Volke die Lebensmöglichkeit sichert.

Um nun klarzumachen, welche materiellen Lasten der Micum-Vertrag dem Ruhrbergbau aufbürdet, muß zurückgegriffen werden auf die Kohlenproduktion von 1922, die im Monatsdurchschnitt 973 566 Tonnen betrug. Hieron wurden 12,1 Prozent gleich 973 566 Tonnen im Zerkleinerungsverbrauch und durch die Abgabe von Deputatkohle aufgebraucht, so daß zum Verkauf 7 072 434 Tonnen einschließlich Reparationsmengen, die aber damals vom Reich bezahlt wurden, verblieben. Dieses Verhältnis wollen wir auf die Gegenwart übertragen, obgleich es noch nicht besteht. Lediglich vom Bergbau aus dürfte es nach der Betriebsnahme der Rechen bald erreicht sein, wenn Sicherheit besteht, daß die Produktion auch abtransportiert werden kann. Die französische Eisenbahnregie scheint sich aber über den Umfang der Güterbewegung im Ruhrgebiet bei voller Produktion noch gar keine rechte Vorstellung zu machen, sonst müßten ganz andere Maßnahmen zur Beherrschung des Verkehrs ergriffen sein, wie sie jetzt erkennbar sind. Es ist sogar möglich, daß die ernstesten Vorkämpfer, die Berg- und Hüttenwerke, in normale Produktion zu bringen, an der mangelhaften Eisenbahnregie gescheitern, vielleicht dann noch nicht einmal ohne Abbruch. Die nächste Zukunft wird darüber Aufschluß geben.

Wir stellen fest, daß die Aufkohlförderung des Ruhrbergbaues im Monatsdurchschnitt 1923 gleich 7 072 434 Tonnen betragen hat. Davon sind nunmehr abzuziehen für Reparationslieferung 1 600 000 Tonnen, so daß zum freien Verkauf 5 472 434 Tonnen verbleiben würden. Der gegenwärtige Nettoverkaufspreis der Rechen beträgt im Durchschnitt 25,32 Mk. je Tonne. Er hat sich unter der Befehlshauslast auf diese Höhe entwickelt und ist für die Zukunft unhaltbar, wenn die Produktion abgesetzt werden und vor allem zur englischen Kohle in Konkurrenz treten soll. Der engl. Kohlenpreis schwankt gegenwärtig im Durchschnitt zwischen 20 bis 21 Schilling per Tonne. Dieser Preis wird im äußersten Falle nur leicht überschritten werden dürfen, wenn die Ruhrkohle wettbewerbsfähig und die deutsche Industrie insgesamt konkurrenzfähig sein soll. Auch vom Vorkaufvertrag geht ein Grund zur Nichtüberlieferung des englischen Preises aus. Dort ist in § 6 der Anlage V bestimmt, daß Deutschland für die Kohlenlieferungen auf Grund dieses Vertrages in gleicher Preishöhe auf Reparationskonto erkannt wird, in welcher die deutschen Inlandsabnehmer ab Grube zahlen. Intern dieser Preis der

Die Lebensmittelversorgung.

Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft trat am Dienstag, wie amtlich gemeldet wird, unter dem Vorsitz des Reichsministers Grafen Kanitz die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister zu einer Beratung zusammen. Der Minister gab einen Ueberblick über die Entwicklung in den letzten Wochen und Monaten, die zunächst zu ganz besonders schwierigen Verhältnissen und dann zu einer Entspannung geführt hat. Die jetzt eingetretene Entspannung dürfte aber nicht dazu führen, den Umstand zu vergessen, daß die Ernährung der Bevölkerung nur durch Zuschüsse aus dem Auslande sichergestellt werden könne, die bei der Finanzlage des Reiches nur auf dem Wege des Kredites beschafft werden können. Sie dürfte weiter nicht dazu führen, die Grundlage unserer Ernährung, die Erzeugung aus heimischer Scholle, zu vernachlässigen. Es müsse alles getan werden, um die Produktion zu erhalten und zu erhöhen. Dazu gehöre auch, daß die eingetretene Preisentung in stärkerem Maße bei den Industrieerzeugnissen Platz griffe, weil sonst die Landwirtschaft in eine unerträgliche und für die Allgemeinheit schädliche Situation komme.

Die Verhandlungen der Konferenz betrafen zunächst die allgemeine Ernährungslage, die Preisgestaltung und Preiskontrolle im Lebensmittelhandel sowie die Lage der Brotversorgung. Hinsichtlich der Brotversorgung wurde in dem einleitenden Referat dargelegt, welche Menge die Reichsgetreidestelle in den letzten Monaten abgegeben hat. Die Mengen waren beträchtlich und gingen zeitweise über die Anforderungen während der Marschbrotversorgung hinaus. Gegenwärtig verfügt die Reichsgetreidestelle über einen Bestand, der für längere Zeit eine Gefährdung ausschließt. In der eingehenden Aussprache wurde von verschiedenen Seiten unterstrichen, daß zwischen den Preisen für landwirtschaftliche und Industrieerzeugnisse ein ungesundes Verhältnis bestehe, das ausgeglichen werden müsse. Desgleichen wurde gefordert, daß die Preiskontrolle fortgeführt würde, um einem neuen Anzeichen der Preise entgegenzuwirken. Der Vertreter Bayerns machte Mitteilung, daß die Ausfuhrbeschränkungen Bayerns in den nächsten Tagen beseitigt werden würden.

Im weiteren Verlauf wurde die Fett- und Milchversorgung und der Viehstand behandelt. Die Lösung der für die Milchversorgung bestehenden Schwierigkeiten wird nach Auffassung der Konferenz nicht durch Verschärfung reichsgesetzlicher Bestimmungen herbeigeführt werden können, vielmehr muß durch angemessene Festsetzung von Milchzuckerpreisen die Hebung der Milchproduktion auf die Friedenshöhe angestrebt werden. Hingegen sei auf eine Verminderung der Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreisen für Milch und Butter hinzuwirken, die vorwiegend den Landesregierungen und örtlichen Behörden zufällt. Hinsichtlich der Fett- und Margarineversorgung ist zurzeit eine Entspannung eingetreten. Bei der Abhängigkeit der Fettversorgung Deutschlands vom Auslande sei

zur Sicherstellung der Versorgung die Inanspruchnahme ausländischer Kredite unbedingt notwendig.

Ein Referat über die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln bildete den Schluß der Verhandlungen.

Der Brotverorgungsabgabe zweiter Teil.

SWD. Bis zum 2. Januar 1924 ist der zweite Teil der Brotverorgungsabgabe zu entrichten, der grundsätzlich das 195millionfache des Zwangsanleihebetrages ausmacht. Wer also z. B. 100 000 Mark Zwangsanleihe zu zeichnen hatte, hat 19 Billionen 500 Milliarden Papiermark als zweiten Teilbetrag der Brotverorgungsabgabe zu zahlen. Bei nicht rechtzeitiger Zahlung der Abgaben bei den Finanzämtern bis zum 2. Januar hat der Steuerpflichtige die zwangsweise Beitreibung zu gewärtigen und empfindliche Verzugszuschläge zu entrichten.

Man möchte auch die Rentenmark zerstören.

Im Börsenteil der „Deutschen Zeitung“ vom Donnerstagabend kann man folgendes finden:

„Amsterdam und Zürich meldeten festere Marktkurse, eine Erhellung, die in Anbetracht der bevorstehenden neuen Reichsschatzwechselinflation einigermaßen verwunderlich wirken muß.“

Eine perfide Stimmungsmache gegen die Mark ist kaum denkbar! Ein deutsches patentnationales Blatt discreditiert bewußt und absichtlich die deutsche Währung. Es tut dies außerdem mit völlig falschen Argumenten. Denn die Ausgabe von Reichsschatzwechseln, die bei der Reichsbank nicht begeben und infolgedessen auch nicht in Banknoten verwandelt werden, hat mit Inflation nicht das geringste zu tun. Es ist also nur die echt völkische Infamie der Gestimmung, die hier hervorbricht.

Die Ermäßigung beim Steuerabzug.

Die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug ist für die Zeit vom 23. bis 31. Dezember auf 600 000 festgelegt worden. Die Steuerermäßigungen betragen danach für die Steuerpflichtigen und die Ehefrau je 103 680 Milliarden, für jedes minderjährige Kind 691 200 Milliarden und für die Werbungskosten 864 Milliarden.

Der Knecht des Großkapitals wählt

„Nein“

Der freie Mann wählt

„Ja“

englischen Ausfuhrpreis ab Grube nicht übersteigt. Im letzten Falle ist der englische Preis bestimmend für die Erlösung auf Reparationskonto. Doppelte Gründe bieten eine Preissteigerung, wobei die Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit an erster Stelle steht. Wenn diese erreicht werden soll, dann wird der Weltmarktpreis für Kohle ab Grube im Durchschnitt kaum 18 Goldmark übersteigen dürfen. Diesem Betrage des Weltmarktpreises, die Reichsumsatzsteuer und die Handlungslosten, womit die äußerste Grenze erreicht ist.

Nach Übernahme des monatlichen Lieferfalls von 1.600.000 Tonnen an die Militären auf Grund des Wismar-Vertrages verbleiben, wie schon nachgewiesen, von der Abgabeförderung für 1922 im Monatsdurchschnitt 5.072.434 zum freien Verkauf. Die Fördermenge von 1922 ist aber noch nicht erreicht, und sie wird auch in den wenigen Wochen des Jahres 1923 nicht mehr erreicht werden. Aber auch wenn sie erreicht ist, dann wird die Einnahme des Ruhrbergwerks nach eingetretener Preisfälligkeit auf den genannten Betrag bei restlosem Abgang der hierfür freien Produktionsmengen betragen 5.072.434 mal 18 gleich 91.303.812 Goldmark, wovon sämtliche Gestehungskosten zu bestreiten sind. Im Dezember 1922 waren rund 560.000 Arbeiter im Ruhrbergbau beschäftigt. Selbst wenn sich hiervon infolge der Wirren und Krankheit nur 450.000 zur Arbeitsaufnahme melden und der Lohn im Durchschnitt der Schicht 6 Mk. — eine durchaus unzureichende Höhe — betragen würde, dann entfielen unter Beachtung eines dem Fachmann bekannter Abschlags für die Beamtenbesoldung rund 80 Millionen Goldmark Gehalts- und Lohnkosten im Monat gleich 87,6 Proz. des errechneten Verkaufserlöses, ein Verhältnis, das unermesslich längere Zeit durchgehalten werden kann und von vielen Anlagen kaum im Anlauf wird getragen werden können. Ein hervorragendes fachtechnisches Grundbesitzerbestandteil, derhiesig bekanntes Mitglied der Partei, hat im Auftrag des Reichskohlenrates ein Gutachten über die Zusammenlegung des Kohlenpreises der Vorkriegszeit erstattet, worin er zu dem Ergebnis kam, daß der Erlös für die gesamte Kohlenproduktion folgende Aufteilung fand: Für Löhne und Gehälter 55 Proz., Materialkosten 15 Proz., Generalabgaben 9 Proz., Abschreibungen 10 Proz. und Gewinn 11 Proz. Diese Aufteilung konnte viele Jahre, auch nach in der Nachkriegszeit, mit Ausnahme der letzten zwei Jahre, in ungefährem gleichem Verhältnis beobachtet werden. Einschränkungsmöglichkeiten in diesem Verhältnis wäre nur beim Gewinn gegeben. Alle anderen Posten sind unantastbar und gestatten Einschränkungen nicht, woraus sich mit unzweifelhafter Klarheit die Gründe für eine vermehrte Produktion ergeben, um so den Anteil der zum Verkauf freien Kohlenmengen zu steigern, damit das unerträgliche Mißverhältnis kompensiert wird.

Auch für die Steinkohlenbezirke Oberhessen, Niederhessen und Sachsen sind Vereinbarungen getroffen worden, wonach die Bergarbeiter ab 17. Dezember eine Stunde je Schicht zur Hebung der Produktion und zur Verbilligung der Kohle länger arbeiten. Für diese Heberarbeit wird kein besonderer Lohnzuschlag vergütet, wie im Montanlohn vorgesehen war, sondern sie wird durch einfache, der Heberarbeit entsprechende Bezahlung abgegolten. Diese Opfer werden von den Bergarbeitern im Interesse der Allgemeinheit, aber nicht zur einseitigen lapidaren Verbilligung gebracht. Dieses Vorbild der Opferbereitschaft kann weiten Kreisen der bestehenden Klassen zur Nachahmung dringend empfohlen werden, damit auch sie dem Staate geben, was dem Staate gebührt.

Zum Abkommen zwischen der Deutschen und dänischen Sozialdemokratie.

Deutschnationale Verleumdung.

In der bürgerlichen Presse — auch in Lübeck — wurde dieser Tage eine große Heiße gegen die Sozialdemokratie losgelassen: Gegen die Vereinbarung der Deutschen mit der dänischen Sozialdemokratie vom 25. November. Selbst in den Preussischen Landtag wurde die Verleumdung getragen.

Die Rechtsprelle entledet sich nicht, ihre Angriffe mit der Verdächtigung zu begründen, die Sozialdemokratie habe sich die Zustimmung zu diesen Vereinbarungen und die Anerkennung der indirekt infolge des Verlaßten Friedensvertrages geschaffenen neuen deutsch-dänischen Grenze durch Unterstützung ihrer Zeitungen in Schleswig von Dänemark bezahlen lassen. Diese Behauptung ist so lächerlich, daß es sich nicht lohnt, gegen sie zu polemisieren. Auch die Deutschnationalen wissen natürlich, daß die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu sachlichen politischen Problemen von materiellen Erwägungen unabhängig ist. Ganz abgesehen davon, ist sie selber in vollem Umfang selbst. Die ständige Entzweiung der Deutschnationalen besteht man, wenn man beachtet, daß in dem Text des getroffenen Abkommens beide sozialdemokratische Parteien beschließen, „die sozialdemokratische Presse in beiden Ländern aufzufordern, mit aller Kraft gegen die völkerverfehlende Tätigkeit der Chauvinisten einzutreten“. Im übrigen heißt es in dem Vertrag ausdrücklich:

„Wegen der Ängste, die von einzelnen Verleumdern aus dänischen Kreisen entworfen sind und auf eine Verletzung der dänischen Grenze bis zu einem höherem Punkt als den vereinbarten abzielen, falls die auf Grund der traurigen Verhältnisse in Deutschland einsetzende Zersplitterung und Verfallung weiter fortschreitet, erklären die dänischen Vertreter, daß solchen Verleumdungen eine Ausnutzung der Not des Deutschen Reiches mit dem einseitigen Widerstand der sozialdemokratischen Partei und der gesamten Arbeiterklasse Dänemarks entgegenzutreten wird.“

Niemand wird behaupten können, daß eine solche Erklärung dem nationalen Interesse Deutschlands widerspricht. Die Deutschnationalen charakterisieren sich selber, wenn sie fernor an dem folgenden Satz Anstoß nehmen:

„Ebenso lehnt die deutsche Sozialdemokratie kategorisch alle auf eine Wiedereroberung des jetzt dänemars zugesicherten Gebietes abzielenden Pläne ab. Diesen Plänen, sei es, daß sie eine Wiedereroberung des dänischen Schleswig mit dem Deutschen Reich oder die Schaffung eines selbständigen Schleswigs oder Schleswig-Holsteins des Staates bezwecken, wird die Sozialdemokratie, die deutsche Arbeiterklasse und die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes den härtesten Widerstand entgegenzusetzen.“

Die Sozialdemokratie erweist durch eine solche Erklärung Deutschlands zweifellos unerschütterlich einen sehr wertvollen Dienst. Sie lehnt dadurch einem mit uns benachbarten und verbündeten Staate, der durch seine Hilfslosigkeit gegenüber der notleidenden Bevölkerung sich den Dank aller Deutschen reichlich verdient hat, die absolute Unmöglichkeit der größten deutschen Partei, die friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark unbeschränkt aufrechtzuerhalten. Deutschland hat gar keine Veranlassung, sich zu den vielen Feinden, die es hat, neue hinzuzuerwerben. Es hat im Gegenteil alle Ursache, um die Freundschaft und die Sympathie des Auslandes zu erwerben. Unerschütterlich und unverwundlich, wie unser Land ist, wird es die Sympathie, die ihm viele friedliche und auf Verständigung gerichtete Haltung der

Sozialdemokraten im Ausland einbringen wird, unter Umständen noch sehr gut gebrauchen können. Die Deutschnationalen wenigstens sollten die Missetaten sein, die der Sozialdemokratie nationale Nachteile machen. Sie verstehen nur das eine: Deutschland überall und beim friedliebendsten Nachbarn unbeliebt zu machen.

Die trostlose Erwerbslosenunterstützung.

S.P.D. Die neuesten Erwerbslosengelder für Erwerbslose und Kurzarbeiter sind so gehalten, daß sie, zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel, jeden Erwerbslosen zumal in diesen Wintermonaten dem Hunger und der Kälte in der erdrückendsten Form ausliefern. Die Reichsregierung sieht sich zu diesem unglückseligen Vorgehen gegen die Erwerbslosen, die doch letzten Endes nur ein Opfer der Unpolitik sind, angehalten gezwungen, weil der im Reichstag vorliegende Höchstbetrag von 80 Goldmark für die Erwerbslosenunterstützung im besetzten und unbesetzten Deutschland und dem 21. März ausreichen soll. Selbstverständlich lehnen die Unternehmer die Regierung unter Druck, daß die Erwerbslosengelder dem von den Industriellen in Angriff genommenen Lohnabbau angepaßt werden. Die Folge ist, daß der Erwerbslose z. B. in Berlin, das immer noch als reichste Stadt im unbesetzten Deutschland anzusehen ist, 70 Bk. pro Tag erhält, obwohl der Lebenshaltungskosten heute noch 150 Prozent über die gleichen Kosten in der Vorkriegszeit stehen. Welche ungeheure Verrentung über die Masse des Volkes damit als Wahnachtsbeherung gebracht wird, kann man am besten daraus erkennen, daß im besetzten Gebiet noch annähernd 2 Millionen Erwerbslose und 500.000 Kurzarbeiter vorhanden sind und im unbesetzten Deutschland die Zahl der Arbeitslosen am 1. Dezember 1.500.000 die der Kurzarbeiter 1.800.000 betrug.

Seit dem 1. November letzten bekanntlich als Übergang zur Arbeitslosenunterstützung übernehmer und Arbeitgeber Beiträge bis zu 10 Proz. des Bruttovertrages. Dadurch sollen derzeit 1/3 des Gesamtvertrages gedeckt, der Rest durch die Gemeinden aufgebracht werden, während das Reich und die Länder nur ausnahmsweise unterstützend eingreifen sollen. Bisher sind jedoch die Beiträge, die aus dieser Neuordnung fließen, noch außerordentlich geringfügig, man zögert mit der Arbeitgeber alle Hände zusammen, um sich aus dieser Zeit vom Staat zu halten. Im besetzten Gebiet macht ihnen das die jüdischere Rheinlandkommission ganz besonders leicht, weil sie bisher ihre Zustimmung zur Durchführung dieser neuen Verordnung noch nicht gegeben hat. Die seit von nationaler Stimmung irrenden Arbeitgeber machen sich diese selbst aber selbstverständlich freudig zunutze, um, gerührt auf den „Gehalt“, dem Reich vorzuschlagen, was des Reiches ist und des Reiches sein muß, wenn nicht die gesamte Erwerbslosenunterstützung binnen kurzem zusammenbrechen soll.

Neue Erregung in München.

Das bayrische Ermächtigungsgesetz abgelehnt.

S.P.D. München, 19. Dezember.

Die Gerüchte, daß es im Laufe des Mittwochabend zu Demonstrationen der Hitler-Anhänger kommen wird, sind von den Behörden mit der Bewachung aller öffentlichen Gebäude durch Landespolizei beantwortet worden. Auf Grund bestimmter Anhaltspunkte beunruhigt man vor allem eine Demonstration in der Hofstraße der Staatsoper, wo „Tosca“ gegeben wird. Die Gerüchte ergötzen auch Nahrung durch eine Meldung über ein geplantes Attentat auf den Generalkonsul v. Kahr. Im Zusammenhang damit wurde ein stillschweigender Schauspieler in Haft genommen, der sich durch Äußerungen verdächtig gemacht hat.

Die politische Erregung zeigte sich am Mittwoch vor allem auch in dem Andrang zu der Besetzung des Landtages. Die 158 Abgeordneten waren beinahe vollständig zur Stelle; darunter auch der am Dienstag aus der Schutzhaft entlassene Deutschnationale Dr. Roth. Die Sitzung begann mit einer Rede des Ministerpräsidenten Knilling über die Pflichten, die einen Protest gegen die Versuche der Separatisten enthielt, Maßnahmen zu ergreifen gegen die materielle Not der pfälzischen Bevölkerung. Roth sprach und zum Schluß eine scharfe Ablehnung jeder irgendwie gearteten rassistischen Bildung brachte. Hierauf nahm Roth in eigener Sache Stellung zu der über ihn verhängten Schutzhaft, wobei er den ganzen Hergang seiner Erlebnisse erzählte, die z. T. eine schwere Belastung der bayrischen Verhältnisse darstellten. In seiner Schilderung kam Dr. Roth auch auf seine Begegnung mit den am 9. November als Gefolge abgesetzten Münchener Stadträten zu sprechen, unter denen sich auch der Bürgermeister und Landtagskollege Genosse Schmidt befand. Roth behauptete wiederholt, seinen Kollegen Schmidt überhaupt nicht gesehen zu haben, worauf ihm Genosse Schmidt in Bestimmungen, die das ganze Haus in Atem hielten, die platte Unwahrheit seiner Schilderung entgegenstellte. „Auge in Auge sind wir uns im Bürgerbräueller gegenüberstanden und Sie haben keine Hand gerührt. Ihr Verhalten ist nicht nur unkollegial gewesen, es war schandbar.“

Hierauf begann die Beratung über das Ermächtigungsgesetz, gegen das am Vormittag im Ausschuss zur allgemeinen Überlegung auch der Bauernbund gestimmt hat, obgleich der von dieser Partei gestellte Landwirtschaftsminister der Regierungsvorlage keine Unterstiftung gegeben hat. Am Schluß seines Berichtes erklärte der Abg. Graf Bethalozza (Bayr. Wp.), daß seine Partei aus einer evantl. Ablehnung die härteste Konsequenz ziehen und die Auflösung des Landtages verlangen werde, damit das Volk selbst entscheiden könne.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion gab Genosse Timm folgende Erklärung ab: „Die sozialdemokratische Fraktion verkennt nicht, daß der Zusammenbruch unserer Wirtschaft finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen eingreifendster Art erfordert, um das Schlimmste von dem Volke abzuwenden. Sie ist davon überzeugt, daß eine der vorrangigsten Aufgaben ist, durch Vereinfachung des Geschäftsganges und Umgestaltung des Kommerziellen die Staatsverwaltung den jetzigen Verhältnissen anzupassen. Hätte sich die Staatsregierung und die Mehrheit des Landtages den im Laufe der letzten Jahre gestellten Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion nicht abfällig verhalten, so wäre der Übergang ohne allzu große Härten planmäßig vorbereitet worden und die bayrische Staatsregierung wäre nicht genötigt, ein Ermächtigungsgesetz nachzuholen, das die Vollmachten entzweit, die weit über die in den anderen Ländern eingeräumten Vollmachten hinausgehen. Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, daß ein derartiges Ermächtigungsgesetz nur von denen bewilligt werden könne, die zu dieser Regierung das uneingeschränkste Vertrauen haben. Der Regierung Knilling können wir dieses Vertrauen selbstverständlich nicht entgegenbringen. Sie hat mit allen ihren bisherigen Maßnahmen bewiesen, daß sie einseitige Parteipolitik zur Bekämpfung der Sozialdemokratie treibt. Auch nach dem Hitlerputsch ist hierin eine bemerkbare Veränderung nicht eingetreten. Herr v. Knilling

selbst hat noch in seiner Rede vom 7. Dezember ausdrücklich erklärt, daß eine Vertrauensfundgebung von sozialdemokratischer Seite nur geeignet wäre, ihn an der Richtigkeit der politischen Grundzüge irre werden zu lassen, zu denen er sich in seinem Gewissen verpflichtet fühlt. Auch die bisherige finanzielle und wirtschaftspolitische Tätigkeit des Kabinetts Knilling schließt für uns die Einräumung solcher weitgehender Vollmachten aus. Der Finanzminister war nicht imstande, ein klares Programm der Maßnahmen vorzulegen, die unverzüglich auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durchgeführt werden müßten. Wir haben nicht die geringste Gewähr dafür, daß Mißgriffe zum Schaden des Volkes ausgeschlossen werden, die ein solch weitreichendes Ermächtigungsgesetz in sich birgt. Wir lehnen deshalb das Ermächtigungsgesetz ab. Dagegen erwarten wir, daß dem Landtag unverzüglich die längst fälligen Gesetzentwürfe auf steuerlichem Gebiet und zur Vereinfachung und Berichtigung der Staatsverwaltung vorgelegt werden. Auch wir sprechen vor einer Landtagsauflösung nicht zurück, die Neuwahlen aber müssen selbstverständlich unter vollster Freiheit durchgeführt werden können.“

In der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz nahmen 145 Abgeordnete teil; davon sprachen sich 91 für, 54 gegen das Gesetz aus. Damit war der Regierungsentwurf abgelehnt. Hier auf gab der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei, Geheimrat Held, eine Erklärung ab, in der er die Ablehnung bedauert und der Antrag seiner Partei auf Auflösung des Landtages angekündigt wurde. Gleichzeitig erklärte Held, daß nach dieser Abstimmung die Fraktion des Bauernbundes für seine Partei als aus der Koalition ausgeschieden gilt. Die Sitzung wurde darauf auf Donnerstag vertagt, wo die Entscheidung des Landtages über seine Auflösung folgen soll. Die Situation ist außerordentlich verwickelt, nachdem nunmehr die Regierung Knilling nach den Ausschleiden des Bauernbundes keine verfassungsmäßige Mehrheit hinter sich hat.

Die Vorstellung „Tosca“ in der Staatsoper wurde abgesetzt. Reichswehr und Landespolizei liegt für die Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in erhöhter Alarmbereitschaft.

Republik Griechenland?

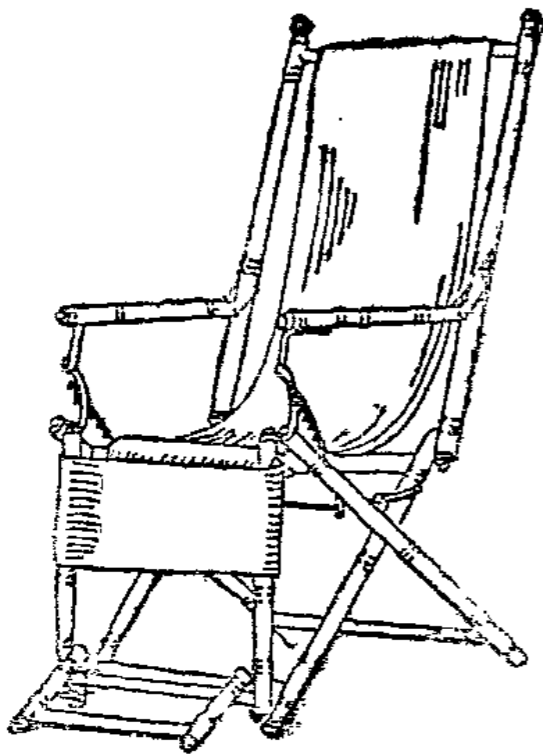
Ähnlich wie das deutsche Volk ist auch die griechische Bevölkerung seit 1914 nicht mehr zur Ruhe gekommen. Kaum war der Weltkrieg durch ein Duzend widersinniger Friedensverträge formell abgeschlossen, als in Kleinasien ein neuer Kampf entbrannte, der Griechenland abermals große Blutopfer kostete. Durch den Vertrag von Sevres war der griechischen Regierung Smyrna an der kleinasiatischen Küste zugesprochen. Die rechtmäßige türkische Regierung in Konstantinopel war auch bereit, Smyrna freiwillig abzutreten, ohne daß sie dazu jedoch in die Lage versetzt worden wäre. Der aus dem Weltkrieg bekannte türkische Heerführer Kemal bildete in Ankara eine Revolutionsregierung mit dem ausschließlichen Zweck, sich der freiwilligen Uebergabe angeblich türkischen Landes an Griechenland mit Waffengewalt zu widersetzen. Zwar landeten die griechischen Truppen 1919 in Kleinasien unter ausdrücklicher Billigung der Entente, ohne jedoch das ihnen gestellte Ziel zu erreichen. Nicht zuletzt infolge des Intrigenspiels innerhalb der Entente, insbesondere Frankreichs und Italiens, ging der Kampf für Griechenland verloren. Er endete im Lande selbst mit dem Sturz der verfassungsmäßigen Regierung durch eine Offiziersrevolte. Am 26. September 1922 entthronen die rebellierenden Offiziere den nach dem Tode des Königs Alexander aus dem Auslande zurückgekehrten König Konstantin seines Amtes und erklärten die verfassungsmäßige Regierung für abgesetzt. Konstantin verließ Griechenland und flüchtete nach Italien über, wo er noch einem Jahre verstarb, während seine Minister nur zum Teil entlassen konnten. Soweit ihre Festnahme gelang, wurden sie von einem Revolutionsgericht abgeurteilt und gemeinsam mit dem militärischen Oberbefehlshaber in Kleinasien hingerichtet.

Es handelte sich bei diesen Ereignissen keineswegs um eine antimonarchistische Bewegung, überhaupt nicht um einen Kampf gegen oder für die bestehende Staatsform, sondern lediglich um einen Ausbruch der Volksempörung gegen die herrschende Regierung, die es nicht verstanden hat, frühzeitig einen ausschließlichen Kampf abzubrechen. Das ergibt sich schon daraus, daß die Führung der rebellierenden Offiziere in den Händen eines hohen Militärs lag, der eingeschriebenes Mitglied der monarchistischen Partei war. Auch die ausdrückliche Duldung eines Sohnes des vertriebenen Königs als Thronerbe spricht gegen die anfänglich vermutete antimonarchistische Bewegung. Durch den Abtritt der venizelistischen Partei zu den neuen Machthabern wurde die innerpolitische Entwicklung jedoch in ein mehr und mehr republikanisches Fahrwasser gelenkt. Venizelos selbst ist zwar seit Jahren von Griechenland abwesend, stand aber trotzdem immer in enger Verbindung mit seinen Parteifreunden und blieb der eigentliche Führer der nach ihm genannten Partei. Der Einfluß der von ihm gegründeten Parteigenossenschaft auf die Regierung ergab sich schon daraus, daß Venizelos selbst mit der Vertretung Griechenlands auf der Lausanner Konferenz betraut wurde, die bekanntlich einen formellen Abschluß des türkisch-griechischen Krieges bildete. Noch bevor er nach der Wahlniederlage im Jahre 1920 aus Griechenland verschwinden mußte, hat er ebenso wie später im Auslande wiederholt Erklärungen gegen die Monarchie und für die Republik abgegeben. Als sich die Verhältnisse innerhalb seiner Partei im Laufe des letzten Jahres mehr und mehr konsolidiert hatten, drängte er die Regierung zur Ausschreibung von Neuwahlen. Die Umsturzregierung kam dem nach und schrieb die Neuwahlen zum 16. Dezember aus. Bis dahin wurde Griechenland ohne Parlament regiert.

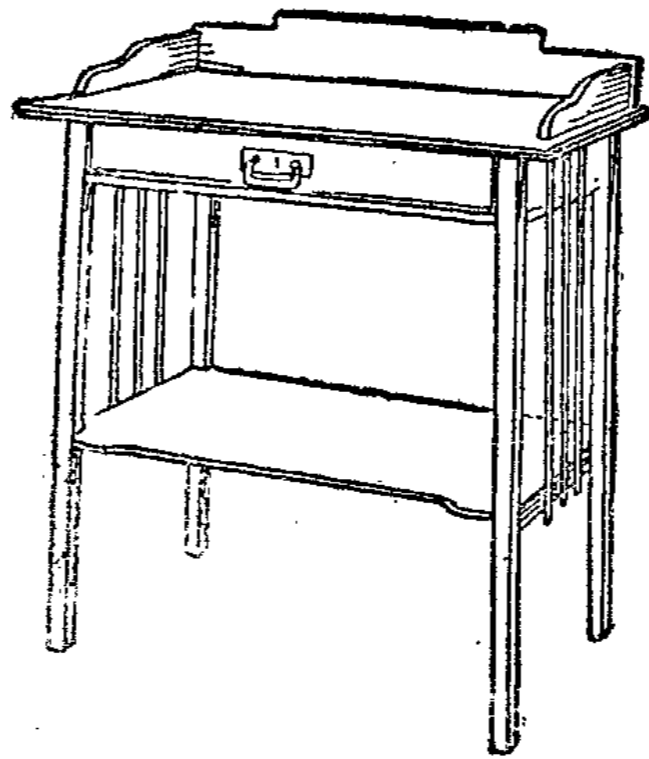
Die bis jetzt in Deutschland bekanntgewordenen Wahlergebnisse lassen keinen Zweifel mehr darüber aufkommen, daß die venizelistische Partei einen ungeheuren Erfolg erzielt hat. Scheinbar haben das die griechischen Monarchisten vorausgesehen, denn sie lehnten die Aufstellung von Wahlvorschlüssen ab und forderten ihre Anhänger ausdrücklich auf, sich an der Wahl nicht zu beteiligen. Aber selbst im Falle der Beteiligung hätten die Monarchisten im Höchstfall nur 25 Proz. der Gesamtstimmen erlangt, denn die Wahlenthaltung übersteigt nach den uns zugänglichen zuverlässigen Mitteilungen diesen Prozentsatz nicht. Der Sieg Venizelos hat seine Rückwirkung bereits insofern gezeigt, als die griechische Königsfamilie Athen verlassen und sich nach Rumänien begeben hat. Nach der ganzen Entwicklung der Verhältnisse ist damit zu rechnen, daß der Aufenthalt in Rumänien ein dauernder bleibt und Venizelos, der zwar selbst nicht kandidiert hat und der Nationalversammlung deshalb nicht angehört, schon in den nächsten Tagen nach Griechenland zurückkehren wird, um dort die jetzt gekommene Gelegenheit zur Ausrufung der Republik zu benutzen.

Preiswerte Weihnachtsgeschenke

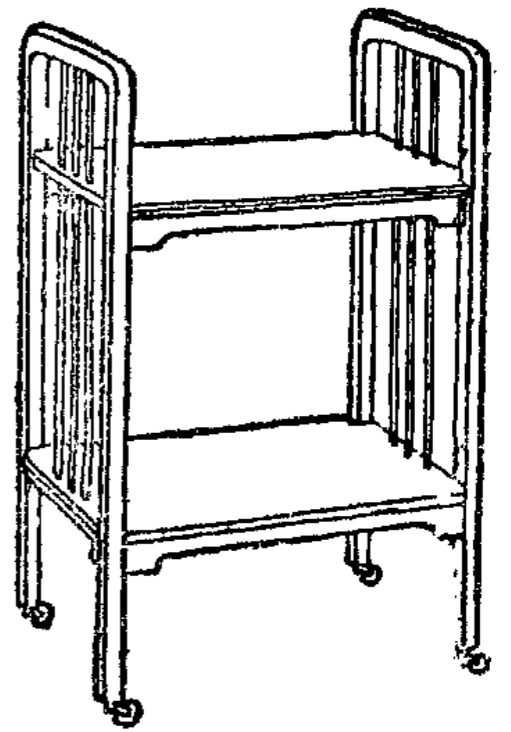
Unsere große Kleinmöbel-Abteilung im 3. Stock
ist reich sortiert in praktischen Einzelmöbeln. — Die Preise
sind auch hier stark abgebaut, sodaß jedes Stück wirklich preiswert ist.



Triumph-Sessel 13.-

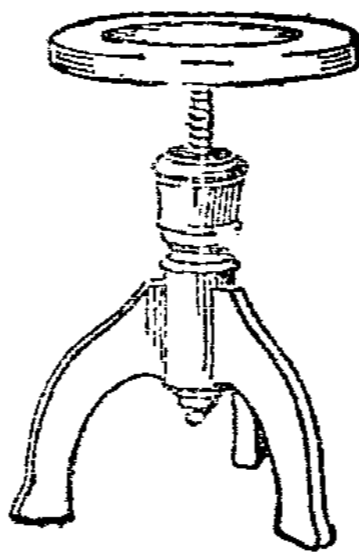


Servier-Tisch 12.50



Bücher-Etagere 7.50

Selbsttische
Korbessel
Blumenständer
Blumenkrippen
Nähstische
Büstenständer



Wavier-Sessel 13.50

Rauchtische
Teetische
Teewagen
Wäschetruhen
Frisiertolletten
Notenständer
Worpsw. Möbel

Rudolph **Karlstadt** Akt.-Ges.

Einige
Neue Welt-Stalender 1924
wieder eingetroffen.
Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Achtung!
Durch günstigen Abichlag sind wir in der
Lage, solange Vorrat reicht (9726)
sämtl. Emaillewaren
weit unter den heutigen Fabrik-
preisen abzugeben.
Mengenabgabe vorbehalten.
Der weiteste Weg ist lohnend!
Der Verkauf findet
nur **Friedenstraße 60** statt.
Thutow & Röper.

Pa. ger. Schweinebuden u. Stb. 80
Pa. didettes gefr. Gajzenfleisch 50
Pa. Beefsteak und Kollfleisch 80
Pa. gefüllene Schweinebuden 65
Pa. gefüllene Schweinefleisch 50
Pa. fettes Schweinefleisch 100
Pa. dicke hiesiger geräuch. Speck 150
Pa. didette gefr. Gajzenherzen 40
9728
Karl Lahriz, Böttcherstr. 16.

Zentral-Theater.
Unter hervorrag. Weihnachtsprogramm
Nur bis Sonntag, den 23. Dez.:
Der Siebe Gieg
(Aus Welt in Flammen.)
Das große Festivalspiel mit
erfindlichen Schattenspielen wie aus der
Fik. Als Drama, als Volk, als Pöbel,
als Liege in 6 Akten.
Fatti als Brandstifter
Grotteske in 2 Akten.
Für un. erholungsbefähigt. Besuch.
Das noch gelind. Nachmittage haben.
Nur **Freitag, den 15. September**
Eine lächelnde und recht sonder-
bare Begebenheit in einem Wespel
9729 und 4 Akten.
Erstliche Fülle. — Erstaunliche
Gel. gebildetes Lokal. Erstaunliche Kunst.

Nur im Biophon!
Das große Fest-Programm!
Nur **Erst-Aufführung!**
Der große amerikanische Kriminal-Schlager in 7 Akten:
1. **Das Rätsel von St. Francisco**
ist eine Verbrechenstragödie von unerhörter Kühnheit der Idee
und voll abenteuerlicher Spannung
2. **Die Kartenlegerin**
Aus den Geheimnissen der „Kartenlegerei“
Sittendrama in 6 Akten. (9721)
3. **Eine köstliche Einlage**

Trocadero.
Schüsselhof, 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr
nachmittags:
**Stimmungs-
Konzerte.**

K OLOSSEUM
Morgen Sonnabend:
Groß. Ball.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. (9740)
Das obm 230 Milliarden, Lichtstrom 550, Kraft-
strom 300, Wasser obm 180/260, herabare Räume
mit Leistung 195, ohne Leistung 65 Milliarden. 69285

Hansa-Theater.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
Doppelgastspiel
Niemz-Schübler.
Vorlegte Aufführung
Katja, die Tänzerin.
Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
**Große Abschieds-
Vorstellung**
Niemz-Schübler.
Zum letzten Male:
Katja, die Tänzerin.
Sonnabend u. Sonntag
nachmittags 3 Uhr:
zu ganz kleinen Preisen
(Wrt. 1.00 bis Wrt. 0.20)
das beliebte Weihnachts-
märchen (9746)
Kottäppchen
und der böse Wolf.
Stadttheater Lübeck.
Sonnabend, 7,30 Uhr:
Lote Stadt.
Sonntag, 3 Uhr: (9710)
Das gewandelte Zeu-
felchen.
7,30 Uhr: Der Wagen-
schmied.
Besten Termin zur Ein-
lösung der Ab.-Karten
nachm. von 3-6 Uhr
an der Theaterkasse.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 21. Dezember.

Um die Weihnachtszeit.

Wie sagen, die Liebe ginge jetzt um...
Und ist doch gar nicht wahr!
Die Welt ist tot, die Welt ist stumm
Und aller Liebe bar!

Es saucht der Sturm. Es hat geschneit.
Wie hielten die Flocken dicht!
Aus jedem Fenster schaut das Leid
Mit weinendem Gesicht.

War's je so dunkel, wie es jetzt
In diesen Tagen loh?
Was sind die Menschen abgehelt?
Wie ist ihr Elend groß!

Das letzte Dachen wurde stumm
Und grau ward manches Haar...
Sie sagen die Liebe ginge um...
Und ist doch gar nicht wahr!

Aus der Bürgerschaft.

Wahlvorsprecher. — Das große Kesseltreiben der Rechtsparteien.
— Erwerbslosendebatte.

Der Versuch, einen gefährlichen Gegner, den man politisch nicht umbringen kann, mit persönlichen Verunglimpfungen an den Galgen zu hängen, ist im Zeitalter des Faschismus nicht neu. Auch nicht spezifisch lübeckisch, aber doch so verführerisch, daß ihn die stolzen Hanseaten von den Demokraten aufwärts in ihr Wählerhandbuch eingetragen haben. Gerade die aufstrebenden Demokratinnen üben sich als Henker. Sie suchen Deutschnationalen und Deutschvölkischen den Rant abzulassen, ihre Sprecher Klein und Eicholdt gaben ihr Qualifikationszeugnis für die Befähigung zum Scharfrichteramt ab. Sie beschwören damit Szenen herauf, die bis zum geistigen Abend in der Bürgerschaft nicht dagewesen sind.

Dr. Leber sollte den Richtern ausgeliefert werden. Weshalb? Seine spitze Feder hatte dem bürgerlichen Senat in die Adern gestochen. Blut fördert Blut! Der Aeltestenausschuß übergab die Entscheidung der Bürgerschaft. Dessen bürgerliche Mitglieder waren beim Beschluß schwach vertreten. Vielleicht, weil ihre Fraktionen den ersten Sturm in der Bürgerschaft austragen wollten. Die Demokraten sprangen zuerst aufs Ross. Herr Klein, der Berichter so vieler Schlachten, leitete das Turnier ein, rief den Genossen Dr. Leber zum Kampf. Unterlag im ersten Treffen. Kleins Knappe Eicholdt hielt die Steigbügel, nahm die schetternde Trompete, als das Schwert des Ritters durch Lebers Streiche zerbrochen am Boden klirrte. Und als Ritter und Knappe sich verzweifelnd die Wunden traktierten, da kam der finstere Ritter Kumbert mit geschlossenem Bijzer und haute um sich, daß ob der Streiche die Luft erdröhnte. Haut und Dreger und der Landesfeind Dr. Leber küßten dem Mann sonder Furcht und Tadel, Emers geheißten, den Helmschloß, zogen ihm das Panzerhemd aus und wandten sich lächelnd von des Schäfers Antlitz. Er war geschunden genug. Zwar suchte die Stämmige noch wie ein Berserker, zog vergilbte Ahnentafel aus dem Wamms, in denen Urfehde dem Feinde geschworen, aber einem im Rundgang dreimal Gefäßlagen müht auch das stärkste Gepolter nichts mehr.

In landläufiges Deutsch übertragen: Die Demokraten lücker Eigenart beantragten, entgegen allem parlamentarischen Brauch, dem Senats- und Staatsanwaltsbeschluß auf Strafverfolgung Dr. Lebers stattzugeben. Mit der ausgesucht philisterhaftesten Begründung wollte der Demokrat Klein den bösen Sozialdemokraten Leber recht bald ins Kittchen bringen. Sonst wird man den Menschen doch nicht los. Der Volksparteiler Emers untertrieb leuchtenden Gesichtes diese Forderung, holte sich von unserer Fraktionsrednerin ebenso wie die immer noblen Demokraten die derbste Abfuhr und quittierte nun mit den allerdümmsten Redensarten. Verlaßte Marx, den er nie gesehen und dessen Gedanken für ein provinzielles Anwaltsgehirn unverdaulich sind. Als das noch nicht zog, da schimpfte er in unerhörtester Tonart auf den Genossen Leber, den Landfremden, den Diktator, den Aufpeitscher, Allesvernichter. Verteidigte den feigen Hoppenstedt als Vorbild staatserkaltender Ideale, kündigte den endlichen Zerfall der Sozialdemokratie an, und brachte zum Schluß den ausgepöbeltesten deutschvölkischen Schwindel aus den Lübeckischen Anzeigen, die Sozialdemokratie sei seit 1918 im Besitze aller Macht gewesen und habe elendiglich verfaßt. In Grenzlocher, verblendeter Wut verrannt, vom Größenwahn der Aufbaupartei beheizt, kündigte der Verneiner des Materialismus das Land der Verheißung an. Wenn der 12-Stunden-Tag wieder gesetzlich eingeführt ist, dann verschwindet alle Rot — der Kapitalist. Ein paar Duzend Hoppenstedts unter Aufsicht von Volksparteiler Rechtsanwältin — es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn die rote Rotte nicht litte würde. Daß bei solchen Bluffen und Redefünken die Brandung im Bürgerchaftsaale toste, ist klar. Die Inzektiven flogen hin und her, die Glode des Präsidien schrillte, Ordnungsrufe hagelten, die Aufregung wuchs und gab einen Vorgeschmack des Wahlkampfes. Bis aufs Messer wollten die Erwerbslosen und Demokraten den Störenfried ihrer Ruhe peinigen. Wenn der Schwindel der Bürgerlichen graduell mit des Wahltags Nähe steigt, dann wird Lübeck am Abend des 6. Januar im Gift erstickt! Der General-Anzeiger, das Blatt des Herrn Coleman, das die Demokraten als Leibblatt offiziell ablehnten, wird seine Ampullen schon bis dahin leeren — obwohl Colemans geistige Stütze gestern in der Bürgerschaft vom Genossen Dreger eine deftige Abfuhr erlitt.

Nach stundenlangem Streit erst bog man in die Tagesordnung ein, die noch einmal unterbrochen wurde durch eine Senatsklärung über die Erwerbslosensfrage. Gewiß, Lübeck's Nacht und Kraft ist beengt. Aber es ist durchaus nicht notwendig, daß wir nun gerade schematisch das von preußischen Bureaucraten Beforderte haarklein nachschaffen. Die Einreibung

verhungertes, schlecht gekleideter Erwerbsloser in den produktiven Arbeitsprozeß ist so heikel, daß selbst ein Mann von den salbungsvollen Gaben eines Direktors Link etwas spitz werden sollte. Wir haben gleich nach Bekanntwerden der Reichsvorschriften über die Arbeitspflicht unsere Ueberzeugung klargelegt. Wer den Artikel nachliest, wird sehen, daß wir richtig geurteilt hatten. Nun haben wir die Bescherung. Der Weisheit der leitenden Geister paralytisiert sich mit der schematisch-kleinlichen Reichsverordnung. Hier heißt es klar ins Leben schauen, die Fische der durch kapitalistische Schuld aus Lohn und Brot Gestohlenen verstehen. Da muß sich die Bureaucratenseele weiten. Sonst ist alle gute Absicht für die Raß.

Herr Dr. Link hat sich über den „Volksboten“ beschwert. Zu Unrecht berief er sich auch auf die Mitbestimmung der Arbeitervertreter. Seit jenen Beschlüssen hat sich das Gefechtsfeld erweitert, waren notwendige Maßnahmen erforderlich. Da ist es Pflicht der leitenden Personen, sofort handelnd, ausgleichend einzugreifen. Nun endlich soll ein zweiter Jahrtag eingeführt werden. Bei der verdoppelten Zahl der Erwerbslosen eine Selbstverständlichkeit. Warum immer so lange warten bis der Laden brennt?

Zur Weihnachtsfeier im Gewerkschaftshaus

am Sonntag, dem 23. Dezember, sind die Parteigenossen freundlichst eingeladen. Beginn der Feier 8 Uhr. Saalöffnung 5 1/2 Uhr. Von 6 1/2 Uhr ab bleiben die Türen geschlossen. Der Eintrittspreis beträgt 0,50 Mk. Erwerbslose haben unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und der Stempelf Karte freien Zutritt.

Verein „Arbeiter-Jugend“ Sozialdemokr. Partei Lübeck.

Neue Notstandsarbeiten. Das Nachrichtenamt teilt mit: Die Finanzbehörde ist vom Senat beauftragt, die Mittel für weitere Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Zur Rodung und Aufhebung einer 6,6 ha großen Fläche der Hageelänge wiesen sollen 40 Erwerbslose auf die Dauer von 20 Tagen herangezogen werden. Ferner sollen die Arbeiten für den weiteren Ausbau der Datenanlagen, soweit sie als Notstandsarbeiten bereits begonnen sind, fortgeführt werden. In Betracht kommen Erdarbeiten auf der Kobbekoppel, am Vorwerker Industriegebiet. Hierbei werden etwa 300 Erwerbslose an 115 Tagen beschäftigt werden. Durch Einrichten einer weiteren Arbeitsstelle bei der Aufhebung des Glandes am Landgraben — zwischen Giesener Baum und Wakenß — und etwa 60 weiteren Erwerbslosen Gelegenheit zu 120 Tagen Beschäftigung gegeben werden.

Tuberkulosefürsorge. Der Senat hat die Finanzbehörde beauftragt, die von der Tuberkulosefürsorge beantragten Mittel von monatlich 150 Goldmark zunächst für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis Ende des Etatsjahres 1923/24 zur Verfügung zu stellen. — Dem Arbeiterheim wurde nach dem Vorschlage

der Finanzbehörde der Betrag für 50 cbm Gas bewilligt. Die Beschaffung weiterer noch erforderlicher Mittel mußte angesichts der schlechten Finanzlage der privaten Wohltätigkeit überlassen werden. — Ein besonderer Betrag von 10000 Goldmark zu Weihnachtsonderausgaben und für Klein- und Sozialrentner bewilligt. Vom Wohlfahrtsamt waren für diese Zwecke 15000 beantragt. Der Antrag aber von der Finanzbehörde ursprünglich aus Mangel an Mitteln abgelehnt.

Keine Schuld. Der Bureauchgehilfe Klüber ersucht uns mitzuteilen, daß er uns das Schriftstück der Arbeitsbehörde über seine Entlassungsandrohung nicht übermittelt hat und der Veröffentlichung völlig fernsteht.

Ortsverwaltungswahl im Deutschen Metallarbeiterverband.

In der letzten Mitgliederversammlung ist zum ersten Mal eine kommunistische Ortsverwaltung gewählt worden. Es fand Wahl statt. Für die Liste Rosa wurden 544 Stimmen, für die Liste Börgert 500 Stimmen abgegeben. 8 waren ungültig. Damit ist das Ziel erreicht, welches die Kommunisten sich längst gestellt hatten. Hoffentlich werden sie nun auch das verwirklichen können, was sie versprochen haben. Sonst sind sie in kurzer Zeit erledigt.

Als 1. Bevollmächtigter wird in Zukunft Rosa, als 2. Nickel, fungieren. Klüber und Mundt und Dürkop. Diese Namen bedeuten ja bekanntlich ein Programm.

Die Reise-Spar-Karte der Reichsbahn.

Die neuen Gutschein der Reichsbahn, über die bereits berichtet wurde, lauten auf Goldmark, und zwar sind die Spartaten auf 2 und 5 Mark festgesetzt; die Gutscheine werden in der Form der gewöhnlichen Fahrkarten hergestellt — die 2-Mark-Bons auf grünen, die 5-Mark-Bons auf gelben Fahrkartenblättern — und tragen folgenden Text:

17. 12. 23
Deutsche Reichsbahn
Gültig bis 31. Dezember 1924
Diese Karte wird mit
2 Goldmark
bei allen Kassen der Deutschen Reichsbahn beim Lösen von Fahrkarten und Abfertigung von Gepäck in Zahlung genommen.
Kein gesetzliches Zahlungsmittel
Keine Einlösung in bar.

Man hat die Wertfestlegung absichtlich in Goldmark gewählt, um die Freizugigkeit dieser Gutscheine möglichst zu erweitern; sie werden nicht nur bei der Lösung gewöhnlicher Fahrkarten in Zahlung genommen, sondern auch für Fahrkarten zu Ferien- und Turnvereinen, Turn- und Schülereisen, für die die Fahrpreise ermäßigt sind, außerdem beim Kauf von Fahrkarten oder Auslandsfahrten sowie bei der Aufgabe von Reisegepäck. Durch diese Ausweitung des Geltungsbereichs ist auch für die reicheren Familien die Möglichkeit geboten, sich das Jahrgeld für die Sommerreise im Ferienonderzug in bequemen Kabinen zu sparen, und Befehrsvereine und Turnvereine sind in der Lage, die Kosten einer Gemeindefahrt allmählich in „Reiseparautickets“ zurückzulegen. Da auch jetzt Karten mit diesen Gutscheinen bezahlt werden dürfen, ist Gelegenheit geboten, sich den Preis einer Monatskarte in bequeme Wochenraten zu zerlegen. Die Karten werden bereits an den Fahrkartenschaltern ausgegeben und an allen Fahrkartenschaltern der Reichsbahn in Zahlung genommen.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 20. Dezember.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Haut (Soz.) den Bericht des Aeltestenausschusses über den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Strafverfolgung gegen die Bürgerschaftsmitglieder Dr. Leber und Dinter. Im ersten Falle war die Meinung geteilt, weshalb die Bürgerschaft entscheiden soll. Im zweiten Falle wurde die Strafverfolgung abgelehnt. — Klein (Dem.) verliest den infrimierten Artikel Dr. Lebers im Volksboten, der Unrichtigkeiten und Ueberreibungen enthält. Die Behauptung Dr. Lebers, der Senat kenne am Amt, um das Gehalt zwei Monate länger beziehen zu können, sei um so schwerer, da sie wider besseres Wissen erhoben worden sei. Dr. Leber müsse wissen, daß die betr. Senatoren ein ganzes Leben zum Wohle Lübecks gewirkt hätten und das volle Gehalt als Pension beziehen würden. Die Demokraten beantragten, dem Antrage der Staatsanwaltschaft auf Strafverfolgung Dr. Lebers stattzugeben. — Haut (Soz.) polemisiert gegen Kleins Vorwurf, daß die Fraktionen keine Gelegenheit zur Beratung dieser Angelegenheit gehabt hätten. — Dr. Gehard (D.) ist der Ansicht der Minderheit, den Bürgerchaftsfraktionen müsse Gelegenheit gegeben werden, hier ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen. — Haut (Soz.): Die bisherige Gepflogenheit, derartige Sachen im Aeltestenausschuß zu behandeln, habe ihre guten Gründe und dies umso mehr, als die Fraktionen unterrichtet gewesen seien.

Dr. Leber (Soz.) erklärt, ihm sei es gleichgültig, ob die Immunität gegen ihn aufgehoben werde oder nicht. Es sei allerdings zum erstenmal, daß ein Parlamentsmitglied strafverfolgt werde, weil es behauptet habe, die Regierungsmitglieder hängen am Amte. Wenn unsere Parteimitglieder, die in den Regierungen gewesen haben, deswegen klagen sollten, weil ihnen die Reaktion die Futtertruppe vorgeworfen hat, dann müßten 20 besondere Gerichte eingesetzt werden. Es ist ja bekannt, daß die Höchstdiener des Kapitalismus alles nur um Geld machen und sich um Geld verkaufen. Große Unruhe rechts. (Pfeife.) Auf eine weitere Bemerkung des Redners über die Interessengemeinschaft der Rechtsparteien zum Kapitalismus entsetzt abermals große Unruhe, die der Präsident zu beschwichtigen versucht. (Rufen) ruft: So ein Mensch, wir wissen ja gar nicht, woher er kommt! Ein Ruhmesblatt ist dies geistliche Gebrüll für Sie nicht. Wenn Sie bei der nächsten Bürgerchaftswahl Herrn Neßien als Spitzenkandidat aufstellen, dann zeigen Sie Ihre Geistigkeit offenkundig. Ueber den Vorwurf Neßiens, daß ich Eisäfer bin, schäme ich mich nicht. Sie beweisen durch Ihr Schimpfen nur, daß dies unglückliche Land uns durch Ihre Hohlköpfigkeit verloren ging. (Lachen rechts.) Herrn Klein ist zu erwidern, daß es uns sehr wohl bekannt ist, daß die bürgerlichen Senatoren nach ihrer Verabschiedung das volle Gehalt als Pension beziehen. Wir haben aber schon im gemeinsamen Ausschusse erklärt, daß dies für uns untragbar ist. Wir halten es für selbstverständlich, daß sie auf ein Fünftel ihrer Pension verzichten und sich mit 6000 Mk. bescheiden. — Dreger (Soz.) beleuchtet mit Bezug auf eine Aufzeichnung Haase-Lampes den Tiefstand der bürgerlichen Geistigkeit in der Bürgerschaft und in der bürgerlichen Presse. Herr Klein habe einen der bekanntesten schmutzigen Presseartikel zum Gegenstand der Behandlung gemacht, das die Demokratie völlig entfühle. Der Mann, der Personen in der Presse so gemein in den Schmutz ziehe, sei ein nichtswürdiger Verleumder. Es sei die Frage zu erheben, ob der hochwürdigliche Senat, der sich durch den Volksboten-Redakteur beleidigt fühlt, auf das Niveau des „General-Anzeigers“ und des „Aufbaus“ herabgestiegen ist. Fast scheint es so, da sich

Herr Bürgermeister Dr. Neumann an die Spitze der Wahlbewegung gestellt hat. Wenn sich der Herr mit diesem identifiziert, dann kann ich ihm den Vorwurf nicht ersparen, daß er unehrlich und gemein gehandelt hat, und daß seine ganze Arbeit Lug und Trug gewesen ist. (Pfeife rechts. Große Unruhe. Gebrüll. — Der Wortführer ruft Dreger wegen der Ausbrüche gegen den Senat zur Ordnung. Es könne nicht gebildet werden, daß in dieser Art gegen den jetzt regierenden Senat vorgegangen werde.) Meine Parteigenossen im Senat werden schon wissen, wer gemeint ist. Der Redner bezeichnet das Bürgerchaftsmitglied Witth auf dessen Zuruf als Verleumder. Daß man hier keine Rede ungehört halten kann, zeigt von Ihrem schlechten Gewissen, das wir im Laufe des Wahlkampfes noch aufdecken werden. Wir werden Ihnen beweisen, daß man nicht ungehört die Vertreter der Arbeiter in den Schmutz ziehen darf, die mehr als Herr Emers für das Wohl Lübecks getan haben. Herr Klein hat der Lübecker Bevölkerung anderes suggeriert als er dachte. Wenn hier keine engere Arbeitsgemeinschaft zustande gekommen sei, dann trügen die Demokraten mit ihren spießbürgerlichen Gehirn die Schuld.

Rosenquist (Arbz.) wendet sich plump gegen Haut und Leber. Herr Dreger sei als leihfertiger Ankläger bekannt. (Der Wortführer ruft den Redner wegen des letzten Ausdrucks zur Ordnung.) — Eicholdt (Dem.) schreibt die größte Schuld an dem niedrigen Niveau der Linken zu. Die Demokraten billigten die Anwürfe des General-Anzeigers gegen Mitglieder der Bürgerschaft nicht. Der Volksbote habe seit Lebers Tätigkeit nach jeder Bürgerchaftssitzung einzelne Mitglieder beschimpft. Die Arbeitsgemeinschaft habe eine andere Würdigung verdient. Wenn die Arbeitsgemeinschaft in der Bürgerschaft nicht zustande gekommen sei, dann läge die Schuld bei den Sozialdemokraten, weil diese nur die Diktatur erstrebten. Ungerechte Vorwürfe! Lehnten die Demokraten ab. — Emers (D.) wendet sich gegen Dreger und erklärt, er billige die Kampfesweise des neuen Blattes „Aufbau“ voll und ganz. Es würden natürlich Anlagen darin gegen Leber erfolgen. Zu dem Eingriff des Bürgermeisters in den Wahlkampf freue er sich. Die Anklage Dregers gegen den Senat sei um so ungerechtfertigter, da er mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt worden sei. Der heutige Kampf sei im August von den Kommunisten provoziert und von den Sozialdemokraten aufgenommen worden. Wenn durch den Kampf gute bisherige Beziehungen unterbrochen würden, dann sei das zu bedauern, die Schuld liege aber nicht bei den Volksparteilern. (Der Wortführer ruft Heilborn [Komm.] wegen des Zwischenrufs „die Bürgerschaft sei ein Kasperle-Theater“ wiederholt zur Ordnung.) Der Klagenantrag gegen Dr. Leber sei gestellt wegen Lebers Vorwürfe gegen den Senat, die eine hodenlose Unverschämtheit seien.

Dr. Leber (Soz.) polemisiert gegen Eicholdts Äußerungen in früheren Versammlungen und geht des näheren auf den Vor-

Extra-Angebot! Nur 3 Tage
10 Rabatt.
auf sämtliche Waren. (9741)

Textilwarenhaus Königstr. 115 bei der Wahrenstraße.

Flugblattverbreitung

Sonntag, 23. Dezbr., morgens 8 Uhr
von den bekannten Lokalen aus.

lete von diesem Senat für die Erwerbslosen nichts mehr. Die Maßnahmen des Senats würden den Erwerbslosen nichts nützen. In anderen Staaten würden Zuschüsse für produktive Erwerbslosenarbeit gezahlt. Der Senat könne ja versuchen, wie weit man mit 8 Pfennig Stundenlohn komme. Die Erwerbslosen haben die Notstandsarbeit eingestellt, weil sie mit diesem Gelde nicht auskommen können. Die Vorgänge bei der Arzählung im Kolosseum sind bekannt; den Erwerbslosenrat, der die Mängel beiseite wolle, habe man ausgeschaltet, dafür aber die Sippsugezogen. Die technischen Einrichtungen seien unzureichend. Bei der steigenden Arbeitslosigkeit müssten neue Stempelstellen geschaffen werden. — Senator **Br am me** betont, der Senat habe sich rechtfertigen alle Mühe gegeben, die Not der Erwerbslosen zu lindern und werde es auch weiterhin tun. Bei unseren traurigen Finanzverhältnissen seien eben enge Grenzen gesetzt. Die Reichsvorkontrollen müssten beachtet werden. Die Einführung der Arbeitspflicht sei auch eine volkserzieherische Maßnahme. Die kritischsten Anforderungen auf der Straße seien auf die Erwerbslosen meist selbst zurückzuführen, die vor der vorgeführten Stunde erscheinen. Wenn der Erwerbsloserrat nicht anerkannt worden sei, dann liege dies an den Abmachungen mit den Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter. Ueber seine Kräfte könne der Senat nicht hinaus. — **K l a n n** (Komm.) wendet sich besonders gegen die Heukerung des Senatsvertreters, der den ersten Verdienst bei mehr als 24stündiger Arbeit erwähnt habe. Das sei doch nur Pfennige. Es sei eine Prellerei, wenn man den Erwerbslosen 8 Pfennig Stundenlohn bezahle. Sie müssten Tariflohn erhalten. Für solche Bettelstümpfe werde kein Erwerbsloser arbeiten. Wenn der Senat die Unterstützung nicht ausballe, weil die Arbeit verweigert würde, dann zeige er ja sein gutes Herz. Mit der Brotunterstützung sollte man nicht sozial Aufwachen machen, denn bei der großen Zahl der Arbeitslosen kämen nur die wenigsten etwas erhalten. — **Direktor Dr. L i n k** erklärt: Lühed müsse sich nach den Reichsverfügungen richten. Sonst könnte Lühed so gut wie nichts leisten. Die Arbeitsbehörde habe die Frage mit den Arbeitervertretern geprüft. Das System der Unterstützung ohne Gegenleistung sei unwürdig. Die Arbeitsleistung von 3 Tagen und der Begrenzung auf wenige Wochen werde auch von Arbeitern gutgeheißen. Für die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung habe man den größten Saal gemietet und dadurch eine wesentliche Verbesserung erzielt. Was selbst Arbeitervertreter des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsamtes anerkannt hätten. Wenn es zu Unzufriedenheiten gekommen sei, dann liege es an der steigenden Erwerbslosenzahl und weil die Erwerbslosen schon vor dem Kolosseum seien. Der „Kolosseum“ ignoriere aber die Tatsache, daß Arbeitervertreter bei der Regelung mitgewirkt hätten und spreche von Schandrian. Es soll in Zukunft ein zweiter Jahrtag im Kolosseum eingerichtet werden. Die Arbeitsbehörde werde weiter daran arbeiten, damit den Erwerbslosen billige Lebensmittel zugewährt werden können. — Damit ist diese Aussprache erledigt.

Senator **Dr. Vermehren** macht einige Bemerkungen über die Anträge heute in der letzten Sitzung betr. Erleichterung des Austritts bürgerlicher Deputierter aus den Behörden. Der Senat lege diesem Wunsche keine Hindernisse in den Weg.

Dr. Haun (Soz.) fragt, ob es richtig sei, daß der Senat das Polizeiamt angewiesen habe, sämtliche studierenden Lüheder, die außerhalb des Staatsgebietes wohnen, als Stimmberechtigten zum Volksentscheid in die Listen einzutragen?

Wendung des Art. 5 Abs. 3 und Erlaß einer Uebereingangsbestimmung zu Art. 5 der Lübecker Landesverfassung. — **Dr. Leber** (Soz.): Wir sind der Meinung, daß es auf die Dauer unerlässlich ist, daß jeder ausübende Senator pensioniert wird. Unser Antrag ist von großer Tragweite. Der Senat hat seinen alten Antrag wieder eingebracht. Diesem können wir nicht beistimmen. Der Senat will auch den benamten tätigen Senatoren Pensionberechtigung zuerkennen. Das kann nicht sein. Einer endgültigen Regelung wollen wir nicht vorgehen. Bis die Regelung erfolgt ist, sollen vorerst nur 6 Senatoren vollamtlich gewählt werden. Die neben- oder ehrenamtlich tätigen Senatoren sollen erst gewählt werden, wenn die Gehalts- und Pensionsverhältnisse geregelt sind. — Der Senatsantrag wird mit den Änderungen angenommen.

Senator Dr. Vermehren beantwortet die Frage **Dr. Hauns**, ob die auswärtig wohnenden Studenten, die noch mit der häuslichen Gemeinschaft in Lübeck verbunden seien, ihren Wohnsitz hier behalten hätten, beim Volksentscheid Stimmrecht hätten mit Ja! — **Dr. Haun** (Soz.): Uns ist bekannt, daß Staatrat **Lange** die Eltern von Studenten aufgefordert hat, ihre Kinder bis zum 6. Januar hier festzuhalten. Wir fragen, ob diese Aufforderung mit Wägen des Senats erfolgt ist. — **Heilhorn** (Komm.) fragt, ob derartige Maßnahmen auch für Nichtstudierende gelten. — **Senator Dr. Vermehren**: Wenn die gleichen Vorbedingungen erfüllt sind, selbstverständlich.

Dr. Gebhard (D.) erkundigt sich nach den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses über die Augustunruhen. — **John** (Soz.) als Vorsitzender des Ausschusses stellt das Resultat der Untersuchungen in baldige Aussicht.

Die Verhandlungen gehen um 10 1/2 Uhr noch weiter.

Zur Sohabewegung auf den Werften.

Nach langwierigen Verhandlungen, in der die Werftbesitzer so recht ihre „Tante“ bewiesen haben, ist endlich in Hamburg ein Schiedspruch zustande gekommen, der die Hungerlöhne der Werftarbeiter in der Größe von 35 auf 41 Btg. erhöht. Der vom 19. November ab gefasste Schiedspruch wurde bekanntlich vom Reichs-Verordnungsminister nicht für verbindlich erklärt, weil ein Formfehler darin enthalten war, da mit der Abänderung der Arbeitsarbeit nicht auch eine Abänderung des Tarifvertrages vorgenommen worden war. Dieses ist jetzt nachgeholt und gleichzeitig ein neuer Schiedspruch gefaßt, der dieselben Lohnsätze wie die im vorigen Schiedspruch ausgesprochenen Sätze enthält.

Den Herren Werftgewaltigen wäre nur dringend zu empfehlen,

PELZE

Garnituren f. Damen, Backfische, Kinder. Elegante Pelzjacketen u. Mäntel in größter Auswahl. — Herren-Pelzpelze fertig und nach Maß. — Fellvorlagen, Fußsäcke. — Pelzfelle zur Selbstverarbeitung. — Zwanglose Besichtigung erbeten.

Pelzhaus Friedrich Zimmermann, Königsstr. 24
Ankauf von Reh-Fellen. (9718)

selbst einmal eine Probe aufs Exempel zu machen, mit niedrigen Löhnen auszukommen, sie würden sich schönste danken.

Verwendung der Räume der alten Gewerbeschule für Jugendheim. Nachdem die Benutzung der Stadthallenwirtsch zur Einrichtung eines Jugendheims sich als unmöglich erwiesen hat, beschloß der Senat, dem Jugendamt 3 Räume der Gewerbeschule am Friedemann sowie zur gelegentlichen Benutzung die Fiele und den Garten zur Errichtung eines Jugendheims zur Verfügung zu stellen. Der Juwana zu bisher und in Zukunft von Prof. v. Lütgendorff benutzten Raum darf nicht behindert werden.

ph. Kaffia. In den letzten Nächten sind von Beamten Kriminalpolizei Kaffien abgehakt, bei der eine größere Anzahl männlicher wie auch weiblicher Personen angetroffen und Teil in polizeilichen Gewahrsam genommen wurden, weil zu muten steht, daß die Sittierten wegen strafbarer Handlungen verfolgt werden. Auch eine Revision der Hotels hatte Erfolg, daß mehrere weibliche Personen angetroffen wurden, in dem „dringenden Verdacht“ stehen, einen „liederlichen Lebenswandel“ zu treiben.

ph. Für den Weihnachtsstich? In der Nacht zum 18. d. wurden aus einem Laden der Schumacherstraße mittelfst Einbruch 20 bis 30 Pfund Speck, mehrere gekochte und geräucherter Würste, zwei Pfund Schmalz, mehrere Schinkenpedastübe und ein Teewürste gestohlen.

Stawelle auf Versammlungen, Theater usw.

9. Distrikt. Sonnabend, den 22. Dezember, abends 7 1/2 Uhr bei Rosky, Abholen von Material. Alle tätigen Genossen haben zu erscheinen.

Hansa-Theater. Von der Operette „Katsja, die Töchterin“ mit den Gärten Niemo: Sittler finden die letzten Aufführungen heute Freitag 7 1/2 Uhr und morgen Sonnabend 7 1/2 Uhr (Abchiedsvorstellung) statt. Für unsere Kleinen wird die hübsche Märchen „Potkappa“ und der böse Wolf nur noch Sonnabend und Sonntag, nachmittags 3 Uhr, gegeben.

Stadtheater. Sonnabend für die Volksbühne: „Die to Stadt“ von Konaold. Sonntag nachmittags 3 Uhr erste Wiederholung des Weihnachtsspiels: „Das gewandelte Teufelchen“ abends: „Der Waffenschmied“.

Angrenzende Gebiete.

Ahrenstöß. Durch ein Feuer, das am Mittwoch nachmittag in dem Wohn- und Wirtschaftsgelände des Landmanns Robt Schmidt auf dem Mäberg ausbrach, wurde das ganze hohe Gebäude bis auf einen Teil der Kinamauer und des Wobstflaoks in Asche gelegt. An Korn sind durch das Feuer vernichtet 50 Kubel Weizen, 20 Kubel Hafer, 12 Kubel Roggen, 5 Kubel Gerste und 8 Kubel Mengkorn, außerdem landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Weiter mußten 2 Staken, 2 Gänse, verschiedene Hühner und die Raubvögel von 2 Schweinen der Klammern überlassen bleiben. Zwei 1 1/2-jährige Fohlen hatten durch den Rauch so gelitten, daß sie abgetöten werden mußten. Das Mobiliar des Herrn Schmidt und der Geschwister Wüter wurde zum größten Teil gerettet.

Bücher, Bilder und Spiele.

Ausstellung vom
Verein Arbeiterjugend und der
Buchhandlung des Lübecker Volksboten
täglich von 4 bis 8 Uhr im
Gewerkschaftshaus.

Marktberichte.

Getreide. **S o m b u r g**, 20. Dezember. (Bericht des Reichs eintr der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Der Markt verlief auch heute in äußerer ruhiger Haltung. Bei reichlichem Angebot gaben Preise leicht nach. Weizen in Rentenmark per Zentner: Weizen 8.00—8.20 Wt., Roggen 6.50—7.10, Hafer 6 bis 6.80, inländische Gerste 7.50—8.20 ab inland, Station, ausländische Gerste loco 8.40—8.50, Mais, fuhlg. 8.15—8.20, frei Railwaggon, Delfuchen fest, namentlich Palmfuchen fast gefragt.

Fen und Stroh. **S a m b u r g**, 20. Dezember. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Weizen, loco 1.00, gepreßt 2.90, Getreidestroh, gebündelt 0.90, gepreßt 1.10, Goldmark, alles je Ztr. in Rentenmark frei Waggon, incl. Verladestation, Lenzburg flau.

Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Futurhandels. **S a m b u r g**, 20. Dezember. Hafer 3.50, Weizen 3.50, Dinkel 3.75, Weizen gebd. 5, Timothee und Kleben, gebd. 7, Preis hoch 3.75 alles per Zentner in Rentenmark.

PAPIERHAUS „HANSA“

FREDERIK HALLBERG
BREITE STR. 45 * FERNSPRECHER 3524

Füllfederhalter

mit echter Goldfeder und Iridiumspitze
4.— 6.— 7.— 8.—
Großes Lager billigster feiner Lederwaren
Damen-Handtaschen, Besuchstaschen
Aktenmappen, Schreibmappen, Briefstaschen
Buch- und Kunsthandlung
Radierungen — Ölgemälde.

Weihnachts- Angebote

Darstellung

Holstenstr. 16. Mittags nicht geschlossen.

2⁵⁰
Mark

- Flanell-Blusen mit Taschen u. Falten 2⁵⁰
- Ges. r. Wollschal gute Qualität 2⁵⁰
- Damen-Hemden m. Hohlbaumgarn 2⁵⁰
- Dam.-Beinkleider zum Hemd passend 2⁵⁰
- Sticker-Unterfälle erstklass. Ausführung 2⁵⁰
- Kaschmir-Strümpfe gemust., erstkl. Qual. 2⁵⁰

3⁵⁰
Mark

- Herren-Hemden mit Faltenbrust 3⁵⁰
- Einsatz-Hemden in guter Ausführung 3⁵⁰
- Damen-Hemden mit breiter Stickerei 3⁵⁰
- Dam.-Beinkleider zum Hemd passend 3⁵⁰
- Weiß-Hemdblaz. mit Perlmutternknopf 3⁵⁰
- Seiden-Strümpfe beste Chapeuseide 3⁵⁰

4⁵⁰
Mark

- Herren-Hemden weiß m. Sportmansch. 4⁵⁰
- Gestr. Hemdblusen erstklass. Ausführung 4⁵⁰
- Eleg. Dam.-Hemd. reich garniert 4⁵⁰
- Dam.-Beinkleider zum Hemd passend 4⁵⁰
- Woll-Unterwäsche Jacke und Hose 4⁵⁰
- Velour-Hemdbluse beste Ware, neue Streifen 4⁵⁰

5⁵⁰
Mark

- Herr.-Oberhemd. weiß m. Rippsatz 5⁵⁰
- Triko-Jumper in verschiedenen Farben 5⁵⁰
- Tuch-Unterrocke m. Volant u. Säumchen 5⁵⁰
- Strick-Blusenchen Kimonoform, in Wolle 5⁵⁰
- Säumch.-Hemdbluse aus feinst. Macco-Baumw. 5⁵⁰
- Weiß-Unterrocke m. Stick u. Valencienneg. 5⁵⁰

Amstlicher Teil

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 94 vom 21. Dezember 1923 enthält:

Bekanntmachung betreffend die Wahlvorleser und ihre Stellvertreter für den Volksentscheid am 6. Januar 1924. (9744)

Senatskanzlei.

Bekanntmachung.

Am Montag, dem 24. und Montag, dem 31. Dezember d. J., sind die Kassen und Büros der städtischen Betriebe für den Publikumsverkehr geschlossen. Diese Tage gelten daher bei Zahlungsfällen als Feiertage. (9761)

Städtische Betriebe.

Durchgangsverkehr über den Marktplatz.

Der Marktplatz darf während des Weihnachtsmarktes außer den Verkaufszeiten vom Publikum nicht betreten werden. (9773)

Lübeck, 20. Dez. 1923. Das Polizeiamt.

Allgem. Krankenhaus
2. Weihnachtstag keine
Besuchzeit. (9711)

Wirtschaftlicher Teil

Junges Mädchen mit
guten Schulkenntnissen
sucht Beschäftigung. Ang.
unt. G 540 an die Exp.
d. Bl. (9746)

8 Paar Militärmädel,
Gr. 26 und 27, billig zu
verkaufen (9748)

Zu verkaufen vierdes
Stall, Festung, Bauarbeiten
und anderes (9747)

Roock, Vorbedr. 14.

Ed. öst. bl. Gelenksocken
zu verkaufen. (9742)

Echte Quers. 3. pt. 21

1 Paar fast neue Buntsch.
Eitel, Gr. 40 u. B. Halb-
schuhe, 2 bl. Knab.-Mäh.
u. versch. Spielsachen bill.
zu verkaufen (9738)

Gandowstraße 10, L.

8 Kinderwagen + Decken
1 lederne Brottaische zu
verkaufen. (9739)

Wintstraße 9c.

3. v. d. D.-W.-Mantel
10 G.-M. u. a. erh. D.-
fahrl. 80 G.-M. Epica
6 G.-M. Anstrich. 1 a.
(9715)

2 aut. erh. Mantel r. M.
n. 8-10 J., neuer Mantel f.
12-14 J., f. n. Jüngling
Schlupf. el. grüne Stoff-
bluse, Gr. 46-48, versch.
Epich. Kuppen u. versch.
zu ver. kauf. Stockelsdorf
Hörn. b. Str. 15. (9725)

Wacht. Fiehpumpen 3 v.
Gummiel für 6
(9757)

2 neue Anzeiger z. v.
Geogr. Nr. 4a.
(9751)

3 farb. Bilder
bill. u. versch. Klüwer,
Eckw. tauer Allee 125.
(9727)

Wint. Winterpatent geg.
l. Gans, Wandl. o. Sma-
binant. (12 J.) & tausch
od. a. verk. (9727)

Wachst. Wachst. 6/8, 1 r.
(9727)

Tischler

Leinwand, 4. Kant. geg.
W. H. Ang. u. G 548 a. d.
Exp. d. Bl. (9720)

Zum Weihnachtsfest empfehle:

- Frisch, fettes Schweine-
fleisch 2 L. - M.
- Bratenfleisch 2 L. - M.
- Karbonade 2 L. 10 M.
- Fettes Ochsenfleisch
2 50 M.
- 2 60 M.
- Gulasch 2 70 M.
- Kohlfleisch 2 80 M.
- Schmalz, fetten u.
durchgeschlagen Eyer,
Blasenbutter u. Salz

Karl Möller,
Wiggedehofe 44.
Tel. 2386. (9725)

Spirituosen

9782) in
bekanntester Güte

Jamaika-Rum-Verich.
5 Liter 2.90 u. 3.40 M.

Weinbrand-Verich.
5 Liter 3.25 M.

Deppel-Rummet,
5 Liter 2.20 M.

Feinster Tafel-Aquavit,
45 % Stärke 3.50 M.

Monopol-Aquavit,
50 % und 40 %

2 80 v. e.

J. Wieggers,
Baltischerhof 26/27,
Feintrieb 277.

Fahrradbereifung

10 Jahre Vorat reich.
Prima weiß
Mit 3. - G.-M.
Normal (9723)

Mit 4.50 G.-M.
Schland, extra stark
Mit 1.50 G.-M.

1 Posten Pedale
mit Gummiemage la.
Zubeh. nat. pro Paar
Mit 3. - G.-M.
G. W. Nevermann.

**Rohlen
Kais
Briketts
Grube
Braunkohlen
Holz**

empfehle frei Haus und ab Lager
Hans Lübeck
Wiggedehofe 31-35.
Telephon 2378.

Für den Weihnachtstisch

**Liköre, Rum,
Kognak und Weine**
in nur besten Qualitäten.

Willi Markwardt
früher D. H. Carstens Niederlage
Kohlmarkt 15.
Feintrieb 964. (9772)

**Für
Knaben u. Mädchen
im Alter von ca. 4-8 Jahren**

Knabenanzüge in verschiedenen
Farben und Macharten
Außergewöhnlich preiswert

5⁵⁰

Mädchenmäntel aus warmen
farbigen Winterstoffen

Karstadt u. Co.

Irma

hat die billigsten Preise auf Margarine,
Schmalz und Käse, und gibt außerdem den
höchsten Rabatt.

Immer frische Waren u. möglichst billige Lage

Pfefferstraße 2. Irma, Wattenstraße 2.

10 000 Pfund

reinsten Tilsiter **Fettkäse**
Pfund 80 u. 90 G.-Pfg.
Garantiert Vollfetter Edamerkäse
Pfund 1,60 G.-M. (9765)

Max Pauls, Käsegroßhandlung
Hortland ab Lager - Gr. Burgstr. 19

Alands
sämtliche (9750)

**Aufschnittwaren
Wurstwaren**

Wurst- u. Fleischwaren
können im Preise abermals ganz
bedeutend herabgesetzt werden.

etwas außergewöhnlich Preiswertes
für den
Weihnachtstisch.

- Damen-Strümpfe 55, 75, 80, 60
- Damen-Schlupfhosen in viel. Farb. n. 1,50
- Damen-Handschuhe, Triko, elastisch,
hochle. n. 1,45 1,15
- Damen-Handschuhe,
gestrickte 1,50 1,40 0,75
- Kinder-Handschuhe, gestrickt,
in allen Größen von 4,50 an
- Herren-Handschuhe, gefüttert 2,50
- la. Triko 1,70
- Herren-Socken 95 70 48
- Damen-Schürzen, Wiener orn.
Jumpeborn 3,75 2,95 2,50
- Tischtücher, gute Qualität, hübsche
Muster 1,75 4,00
- Herren-Schals von 1,50 an
- Herren-normal-Hemden
mit doppelter Brust 2,90
- 1 Posten Seidenstrümpfe
in vielen Farben nur 1,35
- Damen-wäsche, Reformhosen, Barchent-
röcke, handtücher, Frotteehandtücher,
Badelaken, Hemdentücher, Streifen und
Damaste in bekannt guten Qualitäten.

Max Oelze, Fühlhausen 1.

Künstiges Angebot.

- 2 weiße Blumentropfen
billig z. verk. (9782)
- Porzellan, 15, pt
- Kuppenwagen, 2 v. f.
- Wasserdichter Pflanz 18
97,9. 2 X Almseln
- zu verk. Kinderbett
m. M. r. Krippelst. d. r.
Verrenndamm 24 r. (9786)
- Wasserunter 2 v. 2,30
- Blasenbutter 1,10
- Blasenbutter 1,90
- fett. ker. Z. v. 0,90
- ker. Metallwerk 1,80
- ker. Metallwerk 1,40
- Kond. Milch, Dose 0,50
- ker. Schinken 0,80
- Meyer, Padomast. 18.

**Recher
Weihnachtstisch auf!**

Best kaufen Sie billig. Rufen Sie
die ästhetische Schönheit aus. Auf
reellen Qualität n. sind weit bekannt.

Elegante Kleider u. Warenstoffe
Wettbewerbsstoffe Ausw. Anlet
Waibe, Vemen, Woll- und Strick
waren usw.

Elegante Damenkonfektion:
Wintermäntel, schick 5,75, 8,50, 17,60
Kindermäntel 4 - 6,50, Elegante
Jumper 9,50, Strickjackett 11,50
Kleiderrocke 5,50. Waren 2,85.

Elegante Herrenkonfektion:
Starke Hosen, Feldgrün 9,80, Barchent
7 - 9,90, 6,90, 8,40, Wandst.
el. anstr. Hosen, Strickje-
koen 6,50, 8,90, Anzüge 12 - u.
besser, sch. w. Paletts 42 - u. besser,
H. r. G. Hermardenanzüge, 20
u. besser, w. w. ein. jüge. Damast
mäntel, schick 24 - u. r. w. w. w.
Anzüge warm. Waibe usw.

Gute Schuhwaren:
Wint. w. w. 12,50, 17,50, 19,50, Za-
menst. 1,50 u. besser, Anstr.
el. alle G. w. w. Anstrickel
1,50, 12,50, 20, w. w. w. w.
Ledergamaschen 16,75, Kitzschuhe,
Wint. w. w. w. w. w. w. w. w.

**Gute Preise sind
Goldmarkpreise. 9788**

Wieggers & Neetwisch
Wiggedehofe 1. St. Petri 2 u. 1.

